

Vollversammlung des Diözesanrats der Katholiken der Erzdiözese München und Freising am 12. und 13. Oktober 2007 in Freising Bericht des Vorsitzenden

[Es gilt das gesprochene Wort]

Einleitende Sätze an die Adresse des Herrn Erzbischofs, Kardinal Wetter, der wohl zum letzten Mal in seiner Eigenschaft als Oberhirte für das Erzbistum München und Freising an einer Vollversammlung des Diözesanrates teilnimmt.

Partnerschaft zur den ecuadorianischen Laienräten

Auf der Tagesordnung unserer Vollversammlung steht heute Abend das Gespräch mit Bischof Gonzalo López (Diözese Sucumbiós) und Bischof Victor Corral (Diözese Riobamba) aus Ecuador. Ich freue mich darauf. Mein Herz ist immer noch voll von den Erfahrungen und Eindrücken, die ich in den 2,5 Wochen im August diesen Jahres in Ecuador sammeln durfte. Ich war Mitglied der siebenköpfigen Delegation des Diözesanrates, die vom 30. Juli bis 14. August unsere Partner in Ecuador besucht hat. Es ist zwar anstrengend in einem Land unterwegs zu sein, in dem man in kurzer Zeit von einem Berg-Klima in 3.000 Metern Höhe in ein tropisches Klima wechselt. Aber es ist schön. Vor allem war es schön, die Gastfreundschaft der Laien-Vertreter und der Bischöfe in Ecuador erleben zu dürfen.

Wir haben acht ecuadorianische Diözesen besucht: Quito, Ibarra, Sucumbios, Latacunga, Ambato, Guaranda, Guayaquil und Cuenca. Wir hatten die Möglichkeit, mit verantwortlichen Bischöfen über die pastorale Situation zu sprechen, konkrete Sozialprojekte zu besuchen und vor allem das beachtliche gesellschaftspolitische Engagement der Laien kennen und schätzen zu lernen. Ich und andere Delegationsmitglieder waren auch eingeladen, bei Laien-Versammlungen und auf dem Katholikentag in Guayaquil Vorträge zu halten. Sie waren gut besucht. Die Schwerpunktthemen bezogen sich auf das Konzilsdokument „Gaudium et Spes“, das Gemeinwohl aus christlicher Sicht sowie die spezifische Rolle der Laien. Herausragendes Ereignis war das gemeinsam veranstaltete Symposium zum Thema: „Die Armut im Licht von Gaudium et spes“ in den Räumen der katholischen Universität in Guayaquil.

Wir waren zu einem politisch und kirchenpolitisch interessanten Zeitpunkt in Ecuador. Am 30. September fanden die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung statt. Die Laienräte Ecuadors beteiligten sich trotz geringer Aussichten mit einer eigenen Liste an den Wahlen. Obwohl die Auszählung immer noch nicht abgeschlossen ist und erst zum 20. Oktober mit einem endgültigen Ergebnis gerechnet wird, kann davon ausgegangen werden, dass kein Kandidat der Laien-Liste einen Platz in der Verfassungsgebenden Versammlung erobert hat. Es scheint auch sicher zu sein, dass der Initiator einer neuen Verfassung, Präsident Rafael Correa, die Mehrheit errungen hat. Unabhängig von dem Ergebnis ist wichtig zu sehen, dass in der Vorbereitung auf die Wahlen „eine Politisierung der Laienräte“ stattgefunden hat. Dies ist erstaunlich, weil sich die Laienräte zum großen Teil aus geistlichen Bewegungen zusammensetzen.

Meines Erachtens ist die Situation der Laienräte Ecuadors in einer ähnlichen Situation wie die Laienbewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert und nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie stehen vor der Frage, wie Grundsätze der christlichen Soziallehre in die Politik getragen werden können. Dass sie mit einer eigenen Liste bei der verfassungsgebenden Versammlung angetreten sind, ist für mich ein nachvollziehbarer Weg, der auch dem spezifischen Auftrag des Laienapostolates entspricht.

Nachdenklich gemacht, ja schockiert hat mich der Besuch in der Diözese Sucumbiós, der Diözese von Bischof Gonzalo López, den wir heute Abend noch erleben dürfen. Wir haben dort, im Amazonasgebiet, die Ausmaße der Umweltzerstörung und Verseuchung des Trinkwassers durch die Ölförderung kennen gelernt. Ich habe mich gefragt: Wo ist hier der Staat, der seinem Auftrag nachkom-

men sollte, menschenwürdige Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Mir wurde klar: Die neoliberale Doktrin vom Rückzug des Staates hat sich für die Menschen in Ecuador als Katastrophe herausgestellt. Ähnliche Fragen stellten sich mir bei einem Besuch in einem Armenviertel in Guayaquil. Dort wurde auch deutlich: Die katholische Kirche ist oft die einzige Kraft, die die Lebensbedingungen der Menschen etwa durch den Bau von Schulen und Ausbildungseinrichtungen verbessert. Nicht selten werden diese Einrichtungen von der Bruderhilfe unserer Erzdiözese gefördert. Bei dem Besuch eines Projektes in Paute wurde mir auch klar, wie wichtig es ist, unsere Anstrengungen in Richtung fairer Handel zu verstärken, z. B. was den Kauf sozial und ökologisch verträglicher Blumen betrifft. Auch die Frage des Schuldenerlasses ist weiterhin eine drängende Frage. Das Geld, das in den Schuldendienst fließt, fehlt, um in Bildung, Gesundheit und Wohnungsbau zu investieren.

Unsere Delegation ist mit einem konkreten Ergebnis nach Hause gekommen: Wir haben während des bereits erwähnten Symposiums mit dem Ecuadorianischen Laienrat eine Freundschaftsvereinbarung unterzeichnet. Dadurch sollen die seit 1994 gewachsenen Beziehungen „auf dem Weg der weltkirchlichen Lerngemeinschaft“ gestaltet und bereichert werden. Konkret wurden unter anderem der Austausch von Informationen über kirchliche und gesellschaftliche Entwicklungen, Besuche und Begegnungen und eine gemeinsame Gebetsinitiative vereinbart. In der Vereinbarung ist unter dem Stichwort „Vertiefung der Solidarität“ auch von der „finanziellen Unterstützung nach den jeweils gegebenen Möglichkeiten“ die Rede. Dies ist bewusst sehr vorsichtig formuliert. Denn es ist klar: Eine finanzielle Unterstützung des ecuadorianischen Laienrates ist nicht möglich aus den uns von der Erzdiözese zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln. Auch eine Förderung aus Mitteln der Bruderhilfe ist nicht denkbar. Wir müssen also einen anderen Weg finden. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, dass wir bei unseren Sitzungen auf Diözesan- und Dekanatsebene die Teilnehmer um einen „Solidaritäts-Euro“ für unsere Partner in Ecuador bitten. Aber vielleicht gibt es auch andere Möglichkeiten. Wir sollten hier nichts über das Knie brechen. Ich bitte Sie um Ihre eigenen Überlegungen in dieser Sache. Es geht darum, die Unterstützung für den Laienrat Ecuadors zu verbinden mit einer Verlebendigung der im Glauben gründenden Gemeinschaft mit der Kirche in diesem Land. Wahrscheinlich werden wir dazu in der Frühjahrsvollversammlung einen Antrag einbringen.

Was heißt modernes Familienbild?

Wenn in letzter Zeit die Parteien über den familienpolitischen Teil in ihren Grundsatzprogrammen diskutieren, heißt es oft: „Wir orientieren uns am modernen Familienbild und legen das traditionelle ad acta“. Meist wird dies damit begründet, dass man die Lebenswirklichkeit junger Mütter und Väter ernst nehmen wolle. Andere politische Ansichten werden dann oft abgekanzelt mit dem Vorwurf: „Du hängst ja einem traditionellen Familienbild an!“

Doch was versteht man genau unter einem „modernem Familienbild“? Dieser Frage nachzugehen, ist schon deswegen wichtig, weil wir als Kirche zu schnell als Anhänger eines überkommenen und überholten Familienbildes gelten. Hier gibt es viele Klischees. Was heißt modernes Familienbild? Was heißt traditionelles Familienbild? Ist das christliche Verständnis von Familie einem dieser beiden Modelle zuzuordnen?

Halten wir zunächst fest, welche Vorstellung von Familie die Menschen der gegenwärtigen Gesellschaft als gültig erachten. Man könnte auch davon sprechen, welches Ethos von Familie in unserem Land zu Beginn des 3. Jahrtausends dominant ist. Jenseits aller kleineren Abweichungen können wir feststellen, dass das Familienideal der bürgerlichen Epoche des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in vielen wesentlichen Punkten abgelöst worden ist von einer neuen Sicht der Familie. Das bezieht sich auf die Rolle der Frau innerhalb der Familie, vor allem gegenüber der Rolle des Mannes. Es betrifft den Status des Kindes in der Familie. Und es bezieht sich schließlich auf das Verhältnis der Familie zu Gesellschaft und Staat.

Das neue Familienbild ist dem Gedanken der Freiheit verpflichtet. Man wird nicht verheiratet, sondern die Partner entscheiden sich frei füreinander, unter Umständen auch ohne Rücksicht auf Standes- und Schichtzugehörigkeit. Man entscheidet sich frei für Kinder oder oft auch für die Hinaus-

schiebung des Kinderwunsches. Man hat ein Gespür dafür entwickelt, gerade gegenüber manchen Erfahrungen totalitärer Übergriffe, dass die Erziehung der Kinder ganz im Sinne unserer Verfassung zunächst Sache der Eltern ist und in ihre Verantwortlichkeit fällt.

Die bürgerliche Rollenverteilung zwischen Mann und Frau in Ehe und Familie hat in ihrer normativen, verbindlichen Gestalt – der Mann vertritt die Familie nach außen und herrscht auch nach innen als Haushaltsvorstand, während die Frau für die Häuslichkeit zuständig ist – ihre Plausibilität völlig verloren. Man muss sich nur mal den Wandel vor Augen führen, der sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. Bis 1958 verbot ein Gesetz den Frauen, ohne Zustimmung ihres Mannes berufstätig zu sein. Noch in den Sechzigern galt die nachlässige Haushaltsführung der Ehefrau als Scheidungsgrund. Erst seit 1976 ist der Name der Braut als Familienname zugelassen. In einem Lehrbuch zum Familienrecht hieß es bis 1977, der Mann bestimme „Art und Umfang des Lebensaufwandes, den Ablauf des häuslichen Lebens, die Erziehung der Kinder, Wohnort und Wohnung“, er habe „Herrschaftsbefugnis über das Frauenvermögen“. Der Mann hatte das Entscheidungsrecht, die Frau die „Folgepflicht“. Das ist 30 Jahre her. Das ist von gestern. Mann und Frau sind heute nicht nur gleichwertig, sondern auch gleichberechtigt. Sie treffen ihre Entscheidungen zwischen Familien- und Erwerbsarbeit gemeinsam und souverän, obwohl es ihnen oft von den realen Verhältnissen in Gesellschaft und Wirtschaft sehr schwer gemacht wird. Von daher ist es heute eine Beleidigung für jene Elternteile, die sich der Familienarbeit und der Erziehung der Kinder widmen, zu behaupten, sie würden dem überkommenen bürgerlichen Denken anhängen und seien von gestern. Mittlerweile haben in mehr als 45% der jungen Familien die Frauen eine höhere Ausbildung als ihre Männer. Das Bild der zurückgezogenen, politisch und gesellschaftlich abstinenten Frau, die nur in Haus und im örtlichen Nahbereich wirkt, ist schon aufgrund dieser Realität obsolet geworden.

Die Stellung des Kindes in der Familie war früher völlig dominiert vom Gedanken des Gehorsams und der Ehrerbietung gegenüber den Eltern. Heute tritt der Subjektstatus des Kindes in den Vordergrund, und die Eltern sind sich der hohen Verantwortung bewusst, die sie mit der Entscheidung für das Kind übernehmen. Ein Ideal, hinter dem die Wirklichkeit sicher nachhinkt. Aber wir sprechen ja vom Familienbild und vom Familienideal.

Meine Damen und Herren, all diese Momente des modernen Familienbildes entsprechen dem christlichen Verständnis der Familie, wie es das Konzil in „Gaudium et Spes“ des Zweiten Vatikanischen Konzils entwickelt hat. Wir brauchen uns als Christen nicht in die Ecke der ewig Gestrigen stellen lassen.

Es mögen sich vielmehr andere fragen, ob sie die Restideologien in ihrem Familienverständnis schon völlig abgestreift haben. Andere mögen sich fragen, was daran modern und wegweisend sein soll, die Familie grundsätzlich abzukoppeln von der Ehe. Noch immer heiraten vier von fünf Deutschen mindestens einmal in ihrem Leben, auch ein Scheitern hält viele nicht von weiteren Versuchen ab. Noch immer wachsen drei von vier Kindern in klassischen Familien mit beiden leiblichen Eltern auf. Wieder andere mögen sich fragen, mit welchem Recht und mit welchem moralischen Anspruch sie jene Eltern in eine Rechtfertigungsrolle drängen wollen, wenn diese im zweiten und dritten Lebensjahr ihre Kinder selbst und zu Hause erziehen. Selbstverständlich wissen wir, dass es Eltern gibt, die ihrer Verantwortung nicht nachkommen oder ihr nicht gerecht werden und dass die Entwicklung der Kinder darunter leidet. Aber ist es erlaubt, unsere normativen Vorstellungen vom faktischen Fehlverhalten einer Minderheit abhängig zu machen. Müssen nicht andere Wege beschritten werden, um Missstände zu beheben, als das Kind mit dem Bad auszuschütten?

Meine Damen und Herren, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie entspricht gewiss der Vorstellung vieler junger Eltern, auch vieler potentieller Eltern. Deshalb gibt es von christlicher Seite keinen Widerspruch gegen den Ausbau von Kinderkrippen und die Ausbildung von Tagesmüttern. Aber es muss erlaubt sein, an das Vereinbarkeitsideal kritische Rückfragen zu stellen, ohne gleich beschimpft zu werden, einem abgestandenen Familienbild zu huldigen: Ist es wirklich so beglückend und erfüllend, am frühen Morgen das einjährige Kind in die Krippe zu bringen und am Abend eine Stunde Zeit für das Kind zu haben? Und wie ist das bei zwei Kindern? Ist die rundum entlastete „Einstundenfamilie“, wie sie am Horizont moderner Familienpolitik aufscheint, wirklich unser Ideal? Sie fördert stromlinienförmige Berufsverläufe – gewiss. Aber entspricht sie den Be-

dürfnissen der Eltern und Kinder? Die durch Kinder unbehinderte Arbeitszeit der Eltern genießt allgemeine Anerkennung und staatliche Förderung. Das ist modern. Die durch Erwerbsarbeit weniger behinderte Familienzeit muss noch entdeckt und geschützt werden. Denn ohne Familienzeit gibt es keine Familien. Und ohne Familien gibt es keine Kinder. Im Namen des modernen Familienbildes, das dem Gedanken der Freiheit und der Verantwortung verpflichtet ist, ist es sogar unsere Pflicht, Kritik daran zu üben, wenn Familien nur noch den ökonomischen Zwängen untergeordnet werden.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Was heute rundum als Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie diskutiert wird, erscheint mir deshalb als zu kurz gedacht, weil es im Grunde gar nicht um Vereinbarkeit geht, nicht um das Ineinander und Zueinander von Beruf und Familie, sondern um eine schlichte Addition von zwei Größen, die nicht aufeinander bezogen werden. Und darin liegt die Überforderung der Familien. Sie bemühen sich allein bis zum „Geht-nicht-mehr“ um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Wirtschaft drängt, fordert und sie begrüßt die Erweiterung des Angebotes auf dem Arbeitsmarkt. Aber sie ist der Familie noch keinen Schritt entgegengekommen.

Kommunalpolitik

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf einige Initiativen eingehen, die der Diözesanratsvorstand in den letzten Monaten der Öffentlichkeit vorgestellt hat: Auf der Frühjahrsvollversammlung habe ich bereits dazu aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, dass sich bei der Kommunalwahl 2008 engagierte Christen zur Wahl stellen. Mittlerweile hat unser Arbeitskreis Kommunalpolitik Postkarten mit dem Motto „Kommunalpolitik ohne Christen ist wie ... ein Dorf ohne Kirchturm“ veröffentlicht. Begleitend dazu wurde ein Faltblatt mit christlichen Optionen für die Kommunalpolitik zusammengestellt. Nutzen Sie bitte diese Materialien! Verschaffen Sie sich als engagierte Laien politisch Gehör! Prüfen Sie, auf welcher Wertebasis die Kandidatinnen oder Kandidaten stehen! Stärken Sie christlich orientierten Kandidaten den Rücken!

Ganz herzlich einladen möchte ich Sie zu unseren Kommunalpolitikertagungen in Freising, Traunstein und Benediktbeuern. Sie sind es wert, dass eine große Teilnehmerzahl kommt. Sprechen Sie doch in Ihrem Umkreis kommunalpolitisch interessierte Menschen an! Nehmen Sie ihren Bürgermeister auf eine der Tagungen mit! Sprechen Sie auch Kandidatinnen und Kandidaten an, ob Sie nicht Interesse haben. Die Programme der Tagungen liegen aus. Thema ist dieses Jahr: „Auslaufmodell Gemeinwohl? Wofür stehen wir in Stadt, Landkreis und Gemeinde?“ Referenten sind unter anderem: Alois Glück, Erhard Eppler, Prof. Heiner Keupp.

Ausbildungs-Patenschaften

Passend zum Thema der Vollversammlung haben wir vor kurzem die Arbeitshilfe „Ausbildungs-Patenschaften“ veröffentlicht. Sie wurde gemeinsam mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), dem Erzbischöflichen Jugendamt und dem Diözesan-Caritasverband erstellt. Ich bitte Sie auch hier zu prüfen, ob in ihrer Umgebung eine ähnliche Initiative notwendig ist bzw. wie Sie eine bestehende Initiative unterstützen können. Gerade für Kreiskatholikenräte bietet sich dieses Thema an. Mit gutem Beispiel vorangegangen ist hier der Kreiskatholikenrat Traunstein.

Startbahn 3 am Münchner Flughafen

Wir haben uns auf der Frühjahrsvollversammlung mit großer Mehrheit auf Antrag des Kreiskatholikenrats Freising gegen die 3. Startbahn am Münchner Flughafen ausgesprochen. In der Presse, im Hörfunk und im Bayerischen Fernsehen hat dieser Beschluss Beachtung gefunden. Wir werden auf der Herbstvollversammlung des Landeskomitees der Katholiken einen Antrag zu diesem Thema einbringen. Das Landeskomitee soll die politisch Verantwortlichen in Bayern auffordern zu prüfen, ob die Anträge auf den geplanten Bau der 3. Start- und Landebahn am Flughafen im Erdinger Moos, aber auch der Neubau, die Umwidmung und der Ausbau anderer Flughäfen mit der Priorität zu vereinbaren ist, mit welcher der Klimaschutz in der bayerischen Politik und in der Bundespolitik proklamiert wird.